

Corona-Lockdown II: Wiedereröffnungsperspektive für den Einzelhandel

Hintergrund

- Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder haben in ihrer Videoschaltkonferenz am 19. Januar 2021 eine Arbeitsgruppe auf Ebene des Chefs des Bundeskanzleramtes und der Chefinnen und Chefs der Staats- und Senatskanzleien damit beauftragt, bis zu ihrer nächsten Schaltkonferenz Anfang Februar ein Konzept für eine sichere und gerechte Öffnungsstrategie zu erarbeiten. Damit wurde einer wichtigen Forderung des HDE entsprochen.
- Um die breite Akzeptanz der Maßnahmen in der Bevölkerung zu sichern sowie Planungssicherheit für die Unternehmen und ihre Beschäftigten sicherzustellen, ist es unbedingt erforderlich, dass sich Bund und Länder möglichst frühzeitig auf einen bundesweit einheitlichen und verlässlichen Fahrplan für einen geordneten Weg aus dem Lockdown einigen. Der HDE als Vertreter einer der am stärksten vom Lockdown betroffenen Branche steht der nun eingesetzten Bund-Länder-Arbeitsgruppe dabei gerne beratend zur Verfügung und möchte mit den nachfolgenden Vorschlägen einen konkreten Beitrag zur Öffnungsstrategie leisten.
- Als Einzelhandel unterstützen wir Bund und Länder weiterhin darin, die Corona-Pandemie schnellstmöglich in den Griff zu bekommen und tun alles, um unseren Beitrag dazu zu leisten. Uns ist bewusst, dass die weiterhin sehr hohen Infektionszahlen und der noch nicht vorhandene Impfschutz eine Reduzierung der Kontakte, vor allem auch im privaten Bereich, erforderlich machen. Gesundheitsschutz hat oberste Priorität.
- Gleichzeitig bedarf es einer wirtschaftlichen Perspektive für den von der Schließung betroffenen Handel, dessen Lage sich mit jedem weiteren Tag des Lockdowns weiter dramatisch zuspitzt. Mit der Anpassung der Überbrückungshilfe III und der Ermöglichung von Teilwertabschreibungen auf Saisonware wurden mit Blick auf die Abfederung der unmittelbaren wirtschaftlichen Härten zwar wichtige Verbesserungen erreicht. Dennoch bedarf es nun zusätzlich einer konkreten Wiedereröffnungsperspektive, um die Existenzen der wirtschaftlich ausgezehrteten Unternehmen auch mittel- und langfristig zu sichern.
- Von dem zunächst bis Mitte Februar verlängerten Lockdown sind 200.000 Handelsunternehmen mit 260.000 Standorten und einem Jahresumsatz von 200 Mrd. Euro sowie 1,6 Mio. Beschäftigte, darunter 600.000 Beschäftigte im Innenstadthandel, betroffen.
- Unsere Unternehmensbefragung (KW 1/2021) zeigt ein dramatisches Bild:
 - Für 79 Prozent der von der Schließung betroffenen Geschäfte reichen die aktuellen Hilfsmaßnahmen nicht zur Existenzsicherung aus.
 - Über 60 Prozent der Modehändler sehen ihre unternehmerische Existenz derzeit in akuter Gefahr und werden ihr Geschäft ohne wirksame staatliche Wirtschaftshilfe in diesem Jahr aufgeben müssen.

Bessere Nachvollziehbarkeit und Berechenbarkeit durch bundesweit einheitliche Kriterien sicherstellen

- Um auch weiterhin eine hohe Akzeptanz der Maßnahmen sicherzustellen und die Nachvollziehbarkeit und Berechenbarkeit der entsprechenden politischen Entscheidungen zu erhöhen, sollten Bund und Länder – etwa mithilfe eines öffentlich einsehbaren Scoreboards – transparent und verbindlich festlegen, nach welchen bundesweit einheitlichen Maßstäben, Indikatoren und Werten (z.B. 7-Tage-Inzidenz, Belastung des Gesundheitssystems, Impffortschritt, rWert, Verdopplungszeit) es zu schrittweisen, ggf. auch regional differenzierten, Lockerungen kommt. Die Beurteilung des Infektionsgeschehens und der Infektionsdynamik sollte dabei auf der Grundlage einer ganzheitlichen Betrachtungsweise unter Berücksichtigung aller relevanten Indikatoren erfolgen. Ziel muss es sein, ein exponentielles Wachstum und eine Überforderung des Gesundheitssystems zu verhindern.

Realistische Öffnungsperspektive

- Der Öffnungsstrategie von Bund und Ländern sollte eine klare politische Aussage zugrunde liegen, unter welchen Voraussetzungen der Einzelhandel wieder öffnen kann. Das situative politische Handeln und Auf-Sicht-Fahren der letzten Monate muss dringend durch eine auch langfristig tragfähige Strategie ersetzt werden, die sich an realistischen und fundierten Indikatoren orientiert.
- Der von der Politik definierte Grenzwert von 50 Neuinfektionen je 100.000 Einwohner in 7 Tagen ist laut dem Epidemiologen und ehemaligen Direktor des Influenza-Programms der WHO Klaus Stöhr „vollkommen realitätsfern“. Diese niedrige Inzidenz im Winter zu erreichen, sei „illusorisch“. Es bedürfe stattdessen einer „Positiv-Agenda mit einem erreichbaren Ziel, wann die Maßnahmen zurückgefahren werden“.
- Auch der Virologe Hendrik Streeck hält es für „fast unmöglich“, die Zahl der Infektionen im Winter deutlich zu senken. Er weist zudem darauf hin, dass der Inzidenzwert aufgrund der sich ständig ändernden Teststrategie inzwischen ein völlig falsches Bild zeichne und auch die Zahl der Neuinfektionen dadurch nicht mehr ausschlaggebend sei.
- Ziel muss es sein, ein exponentielles Wachstum bei der Ausbreitung des Virus und damit eine Überforderung des Gesundheitssystems zu verhindern. Die alleinige Fokussierung auf den propagierten Inzidenzwert 50 ist dabei nicht zielführend.
- RKI-Chef Lothar Wieler mahnt, dass es vermutlich noch mehrere Wochen dauern wird, bis die Fallzahlen zurückgehen. Die bundesweite 7-Tage-Inzidenz liegt aktuell zwischen 150 und 200 registrierten Neuinfektionen pro 100.000 Einwohnern. Selbst für den Fall, dass die Maßnahmen mit der erwarteten Verzögerung Wirkung zeigen, erwartet kein Experte ernsthaft, dass der angestrebte Inzidenzwert 50 in absehbarer Zeit in greifbare Nähe rückt. Die Frage, was in diesem Fall geschehen soll, bleibt bislang völlig unbeantwortet.

Wettbewerbsverzerrungen durch einheitliche, nicht-diskriminierende Vorgaben verhindern

- Die im Rahmen einer Öffnungsstrategie vorzusehende, schrittweise Rückkehr zu einem geordneten Geschäftsbetrieb sollte nach einheitlichen, nicht-diskriminierenden Vorgaben für den gesamten Einzelhandel erfolgen. Lockerungen, die z.B. nach Betriebsgrößen/ Verkaufsfläche oder Einzelhandelsbranchen differenzieren, führen zu Wettbewerbsverzerrungen, Rechtsunsicherheit und Verunsicherung. Unklare, komplizierte Regelungen, die durch die Länder uneinheitlich umgesetzt werden, gilt es unter allen Umständen zu vermeiden.

Praktikable Konzepte zur schrittweisen Wiedereröffnung

- Auf der Grundlage der bewährten Hygienekonzepte und Verhaltensregeln, die sicheres Einkaufen nachweislich auch in Pandemiezeiten gewährleisten, sollte dann möglichst rasch die schrittweise Rückkehr zu einem geordneten Geschäftsbetrieb ermöglicht werden. Auf dem Weg zu einer vollständigen Wiedereröffnung könnte dabei ggf. auch ein abgestuftes Vorgehen erwogen werden, wobei es weitere Wettbewerbsverzerrungen unter allen Umständen zu vermeiden gilt.
- Staatliche Hygieneauflagen und Verhaltensregeln sind dabei so auszugestalten und zu überwachen, dass die Handelsunternehmen sie auch umsetzen und gleichzeitig den Geschäftsbetrieb aufrechterhalten können. Einen föderalen Flickenteppich mit einer Vielzahl unterschiedlicher Auslegungen von Auflagen durch die lokalen Gesundheitsbehörden gilt es unter allen Umständen zu verhindern.